



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juli-I 2008

Inhalt:

1. **DGB und GdP: Kilomergeld anheben, Pendlerpauschale wieder einführen**
2. **Rheinland-Pfalz-Tag 2008 in Bad Neuenahr-Ahrweiler**
3. **Pressekonferenz sorgt für Unruhe**
4. **USA: Privatisierter Strafvollzug**
5. **Pflegereform 2008:**
6. **Sachsen-Anhalt: Zentrale Beschwerdestelle Polizei**
7. **Energieversorgung: "Point of no return?"**
8. **Leserbrief zu Beihilfe**

1. DGB und GdP: Kilomergeld anheben, Pendlerpauschale wieder einführen

Die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung, das Kilomergeld (Wegstreckenentschädigung) für die Beamtinnen und Beamten zu erhöhen, ist richtig und notwendig, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, **Dietmar Muscheid**.

Jetzt sei die rheinland-pfälzische Landesregierung gefordert, dem Beispiel Bayerns zu folgen, und auch für die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung auf den Weg zu bringen. Der Ministerrat in Bayern hatte am 24. Juni 2008 beschlossen, die Wegstreckenerhöhung um 5 Cent auf 35 Cent zu erhöhen. Die Erhöhung soll ab dem 1. August 2008 gelten.

Muscheid: „Eine deutliche Erhöhung muss wegen der stark gestiegenen Benzinpreise erfolgen. Die Preiserhöhungen an den Tankstellen sind für ‚Arbeitnehmer‘, die ihr Privatfahrzeug beruflich nutzen müssen, nicht mehr zumutbar.“

Darüber hinaus sei die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an notwendig.



Helmut Knerr, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP: „Mit der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer können die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wenigstens etwas entlastet werden, und das ist angesichts der dramatisch steigenden Spritpreise dringend notwendig.“

2. Rheinland-Pfalz-Tag 2008 in Bad Neuenahr-Ahrweiler

Am Empfang des Staatsministers anlässlich des 25. Rheinland-Pfalz-Tages nahm für die GdP die stellvertretende Landesvorsitzende Margarethe Relet teil. Minister Bruch begrüßte im Sitzungssaal der Stadtverwaltung Bad Neuenahr die Vertreter von Feuerwehr, THW, Polizei, Bundespolizei, Zoll und Rettungsdiensten. Auch

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



Gäste aus Ungarn, Luxemburg und Bulgarien waren angereist. Im Anschluss an den Festakt wurde auf dem Ausstellungsgelände der "Sicherheitspark" besucht. Hier präsentierten sich alle Organisationen in beeindruckender Art und Weise.

Für die Polizei boten u.a. die Landespolizeischule, die Diensthundestaffel, die Schieß- und Einsatztrainer, die Puppenbühne und auch das Landeskriminalamt den Besuchern eine breite Plattform, sich über den Polizeiberuf und über die Polizeiarbeit zu informieren. Margarethe Relet führte etliche Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen, so lange sie noch nicht vom Publikum "umringt" waren. Ministerpräsident Beck bedankte sich bei seinem Rundgang bei den eingesetzten Kräften. Auch die GdP sagt Danke.



3. Pressekonferenz sorgt für Unruhe

SONNTAGSREDE

DER INNENMINISTER

Liebe Polizisten im Land,

hört bloß auf zu maulen von wegen Stress und so. Von Euch gibt es nämlich mehr als genug, meint Euer oberster Chef, Innenminister Karl-Peter Bruch. Und in Arbeit werdet Ihr schon nicht ersticken. Überstunden macht Ihr vor allem, um gemütlich Euren Freizeitausgleich zu planen, glaubt der Innenminister, und wenn Ihr Euch trotzdem ein paar berufliche Sorgen machen wollt, dann bitteschön nicht wegen Pipifax wie der neuen Schwerpunktaufgabe „Islamistischer Terrorismus“, die man Euch an die Backe geklebt hat (Ihr habt ja noch Luft), sondern höchstens wegen Eurer Hüftpölstchen. Warum schafft Bruch Euch eigentlich nicht ganz ab? Das bisschen öffentliche Ordnung macht die Stadtreinigung nebenbei mit. mk

Ausschnitt aus DIE RHEINPFALZ vom 2.7.08 (Sonntagsausgabe)

Obwohl es während der Pressekonferenz nur am Rande um die Überstunden ging, löst die Presseerklärung des Ministeriums vom 3. Juli 2008 bei vielen Polizistinnen und Polizisten einige Empörung hervor. Wir zitieren: *„Zusätzliche Einstellungen würden deshalb nicht dazu führen, dass diese statistisch erfasste Mehrarbeit vermieden oder gar der Bestand an bereits angesammlter Mehrarbeit aus zurückliegenden Jahrzehnten abgebaut werden könnte; im Gegenteil: Mehr Personal führt stets auch zu einer Erhöhung der statistisch erfassten Mehrarbeit.“*

Personal zu MEHR Überstunden führt, dann ist es im Umkehrschluss richtig, dass weniger Personal zu WENIGER Überstunden führt. Konsequenterweise wäre dann die richtige Schlussfolgerung: Kein Personal – KEINE Überstunden!

Liebes Ministerium: Wir brauchen das Mehr an Personal nicht, um noch mehr Überstunden zu machen, sondern damit genug Luft bleibt, die Überstunden abzubauen!

Überstunden haben zwar auch die Nebenwirkung, dass man im Notfall mal kurzfristig Überstundenfrei nehmen kann. Tatsache ist aber, dass wir von dem Über-

Dieser besonderen Form von Mathematik können wir nicht folgen. Wenn es stimmt, dass mehr

stundenberg von 1,6 Millionen Stunden mit dieser Personalstärke nicht mehr runter kommen.

4. USA: Privatisierter Strafvollzug

In den USA sitzen derzeit rund 110.000 Gefangene in privaten Anstalten ein. Das macht rund 7% aller Gefangenen und Verwahrten im "Prison System" des Bundes und der Einzelstaaten aus (also ohne Einberechnung der von Städten und Kreisen betriebenen Jails und der Jugenderziehungsanstalten oder -heime).

Quelle: Polizei-Newsletter

Hessen hatte ebenfalls Versuche mit (Teil-) Privatisierungen unternommen. Ergebnis: Es ist teurer, als es beim Staat zu lassen.

5. Pflegereform 2008:

Das Gesetz zur Pflegereform ist am 1. Juli 2008 in Kraft getreten.

- Ab Juli 2008 Beitragserhöhung um 0,25 %-punkte auf 1,95 %
- Für Kinderlose von 1,95 % auf 2,2 %

Bei selbst betreuenden Angehörigen wird das Pflegegeld im kommenden Jahr pro Stufe um jeweils zehn Euro auf 215, 420 beziehungsweise 675 Euro angehoben.

In Pflegeheimen erhöht sich die Vergütung nur in der Stufe III und für Härtefälle.

Bei der ambulanten Pflege werden im kommenden Jahr für Sachleistungen in den Stufen I bis III folgende Leistungen gezahlt: 420, 980 beziehungsweise 1470 Euro.

Die ärztliche Versorgung in Pflegeheimen soll verbessert werden. Es soll stärkere Qualitätskontrollen in den Pflegeeinrichtungen geben. Für Demenzzranke soll es erstmals eigenständige Versicherungsleistungen geben.



Weiterhin soll es eine geplante „Pflegezeit“ geben. Hier sollen Berufstätige, die einen Angehörigen pflegen wollen, erstmals bis zu sechs Monate Anspruch auf unbezahlte, aber sozialversicherte Freistellung von der Arbeit erhalten. Neben diesem Anspruch wird Beschäftigten auch ein Anspruch auf kurzzeitige unbezahlte Freistellung von bis zu zehn Arbeitstagen eingeräumt, um den plötzlich auftretenden Pflegebedarf eines Angehörigen zu organisieren.

Was ändert sich für Versicherte in der privaten Pflegekasse?

Alle Leistungsverbesserungen kommen auch ihnen zugute. Privat Pflegeversicherte dürfen künftig ihre Altersrückstellungen bei einem Kassenwechsel mitnehmen. Darüber hinaus wird ein Basistarif eingeführt, um analog der Gesundheitsreform die Beiträge für Niedrigverdiener bezahlbar zu halten.

Anne Knewitz, Vorsitzende des GdP-Fachausschuss' Tarif

6. Sachsen-Anhalt: Zentrale Beschwerdestelle Polizei

Beim Landespräventionsrat in Sachsen-Anhalt soll eine Beschwerdestelle eingerichtet werden, die "für Anliegen sowohl von Polizistinnen und Polizisten als auch von Bürgerinnen und Bürgern" offen steht. Sie soll eine Möglichkeit sein, "die Arbeit der Polizei im Konfliktfall sachlich zu überprüfen". Mitglieder der Beschwerdestelle sollen Vertreter des Innenministeriums, des Hauptpersonalrates der Polizei, des "Weißen Rings", der "Mobilen Opferberatung" und des Landespräventionsrates sein. Das Gremium soll "Prüfungs- und Vorschlagsrechte" haben.

Quelle: Polizei-Newsletter



7. Energieversorgung: "Point of no return?"

Bis spätestens 2030 muss die Menschheit den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung geschafft haben, sonst wird der Point of no Return, der Kipppunkt, mit ziemlicher Sicherheit überschritten. Das stellt der NASA-Wissenschaftler James E. Hansen in einer im Juni 2008 veröffentlichten Studie fest.

Die Gefahr liegt darin, dass unbemerkt immer weitere positive Rückkopplungen in Gang gesetzt werden. (Eine positive Rückkopplung besteht z.B. darin, dass beim Abtauen der arktischen Eismasse das dunkelblaue Meerwasser die Sonnenstrahlung nicht so gut reflektiert wie das weiße Eis vorher.)

Wenn weitere Rückkopplungen hinzukommen, hilft schließlich auch eine völlige Beendigung der antropogenen Treibhausgasemissionen nichts mehr. Dann wird ein sogenannter "Kipppunkt" überschritten. Das Klima kippt endgültig. Es setzt eine Entwicklung ein, die absolut unkontrollierbar ist, so die Wissenschaftler.

Mehr dazu mit interessanten und alarmierenden Bildern und Kurzfilmen

http://wetter.rtl.de/redaktion/news_4314.php?

Quelle: Solarbrief

8. Leserbrief zu Beihilfe

Hallo Jürgen,

ich denke es ist an der Zeit Dir DANKE zu sagen. Ich nehme an, dass Deine Hilfe dazu führte, die Beihilfebearbeitung für meine Anträge zeitlich enorm zu verkürzen. Es ist doch gut eine Gewerkschaft zu haben. Vielen Dank nochmals, - und bleib gesund.

Liebe Grüße Rainer

Hallo Rainer,



schön, auch mal ein Danke zu hören! Dein Dank gebührt allerdings in erster Linie Heinz-Werner Gabler, der sich um dein Problem gekümmert hat. Er ist im geschäftsführenden Landesvorstand zuständig u. a. für Beihilfe. Habe ihn in Kopie mit angeschrieben. Danke, er wird sich über deine Zeilen freuen.

Bleib auch gesund!

Gruß Jürgen Moser

Auto kaufen? Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte.

Schuhe kaufen zu 15% Rabatt: www.schuhe123.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autofit-moser.de

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de